



Rat der
Europäischen Union

111341/EU XXVII. GP
Eingelangt am 06/09/22

Brüssel, den 5. September 2022
(OR. en)

12030/22

ENER 419

VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Vorbereitung auf den nächsten Winter
	– Sachstand
	– Gedankenaustausch

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Hintergrundpapier des Vorsitzes zum eingangs genannten Thema im Hinblick auf die außerordentliche Tagung des Rates (Verkehr, Telekommunikation und Energie) am 9. September 2022.

Vorbereitung auf den nächsten Winter

Hintergrundpapier des Vorsitzes

Sachstand und jüngste Entwicklungen

Bis letztes Jahr war die EU für mehr als 40 % ihrer Gasversorgung auf Russland angewiesen. Seit 2021 und insbesondere seit Beginn des Krieges hat Russland die Gaslieferungen nach Europa jedoch manipuliert und behindert – einschließlich der jüngsten vollständigen und „unbefristeten“ Unterbrechung des Betriebs der Nord-Stream-1-Pipeline –, was zu einer ernsthaften Bedrohung der Versorgungssicherheit geführt hat; das Risiko weiterer Unterbrechungen in den kommenden Monaten steigt.

Ströme aus dem Osten und Versorgungsunterbrechungen

Seit Beginn des Krieges wurden bereits 13 Mitgliedstaaten teilweise oder vollständig von russischen Lieferungen abgeschnitten. Die Gasströme aus dem Osten wurden um 76 % verringert und liegen derzeit bei 106 Mio. m³/Tag, wobei die Ströme über Nord Stream 1 20 % der maximalen Auslastung betragen und die Ströme über die Ukraine um 83 % (auf 35 Mio. m³/Tag) verringert wurden. Nord Stream 1 wurde am 31. August aufgrund angeblicher Wartungsarbeiten vollständig abgeschaltet und es ist kein Datum für die Wiederaufnahme der Gaslieferungen bekannt. Andere Routen wie die Jamal-Leitung sind seit März abgeschaltet. Infolge der allmählichen Verschlechterung der Versorgung durch Gazprom wurden 11 Frühwarnungen von den Mitgliedstaaten ausgesprochen, und Deutschland hat die Alarmstufe ausgerufen.

Bislang hat sich das europäische Gassystem als belastbar erwiesen und war in der Lage, alternative Gasquellen zu integrieren, um russisches Gas zu ersetzen und die Gasversorgung in allen Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Im Zeitraum von Januar bis Juli 2022 gingen die russischen Gaslieferungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 32 Mrd. m³ (34 %) zurück. Die nichtrussischen Gaslieferungen stiegen im selben Zeitraum um 31. Mrd. m³ (24 %).

Diese Eingriffe hatten jedoch beträchtliche Auswirkungen auf unsere Energiemärkte und führten zu höheren Preisen. Die hohen Gaspreise wirken sich kaskadenartig auf die Strompreise aus, mit erheblichen negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft. Zudem gibt es in Europa nun immer mehr Fabriken, die ihre Produktion einstellen oder sogar ganz schließen, weil sie durch die hohen Energiepreise unrentabel geworden sind.

Diversifizierung der Versorgung

Die Kommission arbeitet mit internationalen Partnern zusammen, um im Rahmen der EU-Energieplattform alternative Gasquellen zu ermitteln. Dies führte in der ersten Jahreshälfte zu einem Anstieg nicht-russischer Flüssigerdgas-Lieferungen in die EU um 19 Mrd. m³ und zu einem Anstieg der Lieferungen durch alternative Pipelines um 14 Mrd. m³.

Im Einklang mit dem vom Europäischen Rat erteilten Mandat hat die Kommission eine Taskforce eingesetzt, um gemeinsame Beschaffungen durch die Bündelung der Nachfrage zu koordinieren und zu erleichtern, um mit den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, damit die Nutzung der Infrastruktur optimiert wird und etwaige Engpässe durch neue regionale Gruppen bewältigt werden, und um die internationale Kontaktaufnahme mit Gaslieferanten aus Drittländern zu koordinieren.

Aktualisierung der europäischen Architektur für Versorgungssicherheit

In Anwendung des REPowerEU-Plans und mit dem Ziel, die EU auf den nächsten Winter besser vorzubereiten, wurden zwei Verordnungen erlassen: die Gasspeicherverordnung, die auf nationaler Ebene ein Speicherfüllziel von mindestens 80 % bis November vorsieht, und die Verordnung über die Senkung der Gasnachfrage, durch die die Gasnachfrage um 15 % verringert werden soll. Diese beiden Verordnungen stehen im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 31. Mai.

Zum Schutz des europäischen Marktes werden zusätzliche auf europäischer Ebene koordinierte Maßnahmen für notwendig erachtet. Die Kommission erwägt Notfallinstrumente, die die bestehenden Instrumente zur Bewältigung von Notfällen und zur Stabilisierung der Energiepreise ergänzen und in einem Herbstpaket verabschiedet werden sollen.

Senkung der Nachfrage

Am 20. Juli hat die Kommission die Mitteilung „Gaseinsparungen für den Winter“ verabschiedet und begleitend dazu einen Vorschlag für eine Verordnung zur Senkung der Gasnachfrage vorgelegt, mit der die Gasnachfrage um 15 % verringert werden soll. Mit der Verordnung, die umgehend vom Rat angenommen wurde, wird ein Verfahren eingeführt, nach dem der Rat im Falle einer erheblichen Verschlechterung der Gasversorgungssituation auf der Grundlage eines Vorschlags der Kommission einen „Unionsalarm“ ausrufen kann. Für das Ausrufen eines derartigen Unionsalarms müssen verschiedene Elemente wie Speicherfüllstände, alternative Gasflüsse und die durch umgesetzte Maßnahmen erreichte Senkung der Gasnachfrage berücksichtigt werden.

Es ist von größter Bedeutung, dass die Mitgliedstaaten vor Beginn der Heizperiode mit der Umsetzung von Maßnahmen zur Nachfragesenkung beginnen. Zwei Meilensteine werden für die Umsetzung der Verordnung durch die Mitgliedstaaten von entscheidender Bedeutung sein: erstens die Aktualisierung der nationalen Notfallpläne der Mitgliedstaaten bis zum 31. Oktober, die die erforderlichen Maßnahmen zur Senkung der Nachfrage enthalten sollten, und zweitens die Meldung der Daten zur Nachfragesenkung bis 15. Oktober; diese Meldung wird alle zwei Monate erfolgen.

Speicherung

Am 4. September lag der Füllstand EU-weit bei 80,8 %. Die Umsetzung der im Juni angenommenen Gasspeicherverordnung kommt voran. Wir sind auf dem richtigen Weg, um einen Füllstand von mindestens 80 % in allen Mitgliedstaaten zu erreichen. Während sich das Befüllungstempo in mehreren Mitgliedstaaten verlangsamen kann, sollten weitere Anstrengungen unternommen werden, um erstens den höchstmöglichen Füllstand zu erreichen und zweitens übereilte Entnahmen vor und während des Winters zu vermeiden.

Alle Mitgliedstaaten halten sich derzeit an die Befüllungspfade. Die ersten Schwierigkeiten bei der Erreichung dieser Ziele könnten jedoch dann auftreten, wenn die Heizanlagen wieder genutzt werden.

Fragen:

- 1. Wie bewerten Sie den Stand der Vorbereitungen auf den Winter in Ihrem Mitgliedstaat?
Würden Sie diesbezüglich weitere Maßnahmen auf EU-Ebene ins Auge fassen?*